

Übersetzung

Der Menschenrechtsverteidiger Alfredo Okenve, einer der Direktoren der NGO *Center for Development Studies and Initiatives* (CEID), die sich für Menschenrechte und Entwicklung einsetzt, ist in der äquatorialguineanischen Stadt Bata von unbekanntem Männern brutal überfallen und schwer verletzt worden.

Am 27. Oktober um etwa 20.00 Uhr Ortszeit stieg Alfredo Okenve mit seinem Bruder ins Auto, um ihr Haus im Stadtteil Newton zu verlassen. Sie waren gerade losgefahren, als ein Wagen auftauchte und die Straße blockierte. Zwei bewaffnete Männer in Zivilkleidung stiegen aus und forderten Alfredo Okenve auf, ebenfalls auszusteigen. Die Männer sagten zu ihm: „Genau dich haben wir gesucht.“ Alfredo Okenve bestand darauf sich auszuweisen, doch die Männer begannen ihn zu schlagen und schleppten ihn zu ihrem Fahrzeug. Dann fuhren sie mit ihm davon, während sein Bruder in dem anderen Wagen zurückblieb. Die Männer brachten Alfredo Okenve in ein Waldstück und schlugen beinahe zwei Stunden lang mit Stöcken und Gewehrkolben auf ihn ein. Sie nahmen ihm seine Geldbörse mit all seinen Papieren sowie sein Mobiltelefon und weitere persönliche Gegenstände ab, bevor sie ihn in Alep aussetzten, einer Gegend am Stadtrand von Bata.

Trotz seiner schweren Verletzungen gelang es Alfredo Okenve, ein Stück zu Fuß zu gehen und Hilfe zu holen. Seine Familie brachte ihn ins Krankenhaus, um seine Verletzungen behandeln zu lassen, darunter auch eine Stichverletzung am linken Fuß. Aus Sorge um seine Sicherheit wollten seine Angehörigen ihn jedoch nicht im Krankenhaus lassen, sondern nahmen ihn nach der Erstversorgung mit nach Hause.

Führen Sie bitte umgehend eine unabhängige und gründliche Untersuchung des Angriffs auf Alfredo Okenve durch und stellen Sie die Verantwortlichen unverzüglich vor Gericht.

Ergreifen Sie bitte alle Maßnahmen, die nötig sind, um Alfredo Okenve und seine Kolleg_innen des *Center for Development Studies and Initiatives* (CEID) vor weiteren Angriffen oder Drohungen zu schützen.

Ich möchte Sie außerdem bitten sicherzustellen, dass Menschenrechtler_innen und Aktivist_innen ihrer legitimen Arbeit ohne Angst vor Bestrafung, Vergeltungsmaßnahmen oder Einschüchterungen nachgehen können.